

Kein Rückfall in überholte Denkmuster: Resolution der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee für einen starken Zivildienst

Seit seiner Einführung im Jahre 1996 hat sich der Zivildienst zu einem wichtigen Pfeiler in der Gesellschaft entwickelt. 2017 leisteten Zivis insgesamt 1'786'385 Dienstage in diversen gesellschaftlichen Bereichen. Das sind 1'786'385 Tage, in denen Schulen, Altersheime oder Landwirtschaftsbetriebe durch den Einsatz der Zivildienstleistenden nicht nur entlastet, sondern auch bereichert wurden. Der Zivildienst übernimmt dort wichtige Aufgaben, wo die Ressourcen fehlen, und trägt so zu einer funktionierenden, solidarischen Gesellschaft bei.

Die GSoA hat mit der Armeeabschaffungsinitiative von 1989 und dem Aufruf zur Militärdienstverweigerung 1990 wesentlich dazu beigetragen, dass junge Männer, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst leisten wollen, heute mit dem Zivildienst eine Alternative zu einer mehrmonatigen Haftstrafe haben. Der Bundesrat gefährdet nun diese Errungenschaft, indem er den Zugang zum Zivildienst massiv einzuschränken plant. Er lässt damit das Verständnis von Nutzen und Sinnhaftigkeit von Leistungen, die für die Gesellschaft erbracht werden, in die Ära des Kalten Krieges zurückfallen.

Der Bundesrat beabsichtigt mit der Revision des Zivildienstgesetzes eine Verminderung der Zulassungen und will damit die Armeebestände erhöhen. Dass die Armee an zu vielen Abgängen leidet, ist aber ein Problem, das nicht über eine Schlechterstellung des Zivildienstes gelöst werden kann. Der Hauptgrund für einen Wechsel in den Zivildienst liegt für junge Männer nämlich – nebst den Gewissensgründen – in der Tatsache, dass sie im Militär keiner sinnvollen Aufgabe nachgehen können. Es ist nicht die fehlende Motivation, etwas für die Gesellschaft zu leisten, sondern die Nutzlosigkeit der militärischen Ausbildung und Aktivitäten, die zu Austritten aus der Armee führen. Viele junge Männer in der Schweiz sehen Sinn und Zweck der Wehrpflicht schlicht nicht mehr.

Der Zivildienst hingegen erlaubt einen sinnvollen Einsatz für die Gesellschaft. Die geplanten Massnahmen zur Verminderung der Zulassungen würden aber dazu führen, dass ein Wechsel in den Zivildienst praktisch unmöglich wird. Damit werden junge motivierte Männer gezwungen, einen Dienst zu absolvieren, der nicht ihren Vorstellungen von Nützlichkeit entspricht oder aber sich über den «blauen Weg» ganz von der Dienstpflicht zu verabschieden. Dies wird zu einem massiven Einbruch der gesellschaftlich notwendigen Stellen in Zivildiensteinsatzbetrieben führen. Zudem wird die zwölfmonatige Wartefrist zwischen Gesuchseinreichung und Zulassung eine faktische Abschaffung der Alternative zum Militärdienst aus Gewissensgründen nach sich ziehen.

Die Pläne des Bundesrates sind inakzeptabel. Die GSoA setzt sich weiterhin für einen starken und attraktiven Zivildienst ein. Solange junge Menschen zum Wehrdienst verpflichtet sind, ist der freie Zugang zu einem waffenlosen, zivilen Ersatzdienst ein absolutes Muss. Deshalb unterstützt die GSoA ein allfälliges Referendum gegen die Revision des Zivildienstgesetzes.